

1. Der deutsche Sozialstaat - ein Modell sozialer Gerechtigkeit und Mobilität?

JÜRGEN KALB

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur wirtschaftlich extrem erfolgreich, sondern gilt vielen auch und besonders im Bereich der sozialen Absicherung als geradezu vorbildlich. In dem im Jahre 1949 formulierten Grundgesetz, der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, wird in Artikel 20 bereits vom »demokratischen und sozialen Bundesstaat« gesprochen, der nach Artikel 79 (3) in seinem Kern sogar nicht veränderbar sei. Trotzdem steht auch der Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland seit einigen Jahren im Fokus der politischen Diskussion. Die durch den verstärkten globalen Wettbewerb, eine Arbeitslosenzahl von über fünf Millionen sowie eine stetig steigende Staatsverschuldung angestoßene Reform der »Agenda 2010« der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) machte es sich seit 2003 deshalb zum Ziel, den Sozialstaat durch einen Umbau, den sogenannten aktivierenden Sozialstaat, zu erhalten, aber auch zu reformieren. Seither wird über die Auswirkungen dieser Reformen diskutiert, ja gestritten. Kurz gesagt geht es auch aktuell um die Frage: Mehr oder weniger Staat? Mehr Freiheit des Einzelnen oder mehr soziale Intervention im Sinne der sozialen Gerechtigkeit? Eine weitere zentrale Frage stellt dabei die Frage nach der sozialen Mobilität dar. Inwieweit erlauben und ermöglichen unsere Bildungssysteme den sozialen Aufstieg aller sozialer Schichten und Milieus oder reproduziert unsere Gesellschaft nicht nur überwiegend die tradierten Sozialstrukturen?



Abb. 2 »Das erhabene Aufblühen der deutschen Bildungspolitik ...«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Freimut Wössner

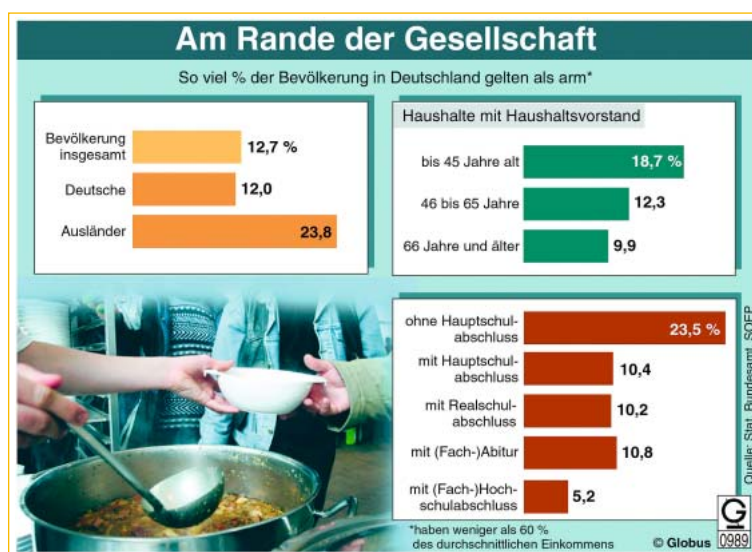


Abb. 1 »Wo zieht man in einem reichen Land die Armutsgrenze? Ist jemand, der Sozialhilfe bzw. Hartz IV vom Staat bezieht, arm? Legt man als Schwelle bei 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zugrunde, so zählen hierzulande fast 13 Prozent der Bevölkerung zur Gruppe der Armen. Seit Bildung der neuen Großen Koalition im Jahre 2018 ist diese Diskussion auch in der Regierungskoalition und im Deutschen Bundestag in vollem Gange.« © dpa / Globus Infografik

Zur Entstehung des Sozialstaats in Deutschland

Seit den Sozialreformen unter Reichskanzler Otto von Bismarck im Deutschen Kaiserreich (1871–1918) beruht das Sozialsystem in Deutschland im Wesentlichen auf einem Pflichtversicherungssystem für abhängig Beschäftigte, zunächst im Bereich der Renten- und Krankenversicherung, später auch der Arbeitslosenversicherung und zuletzt (seit 1995) der Pflegeversicherung. Traditionell werden dabei die Beiträge zu gleichen Teilen von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern getragen, während z. B. die Unfallversicherung ganz vom Arbeitgeber zu finanzieren ist.

Neben diesem Pflichtversicherungssystem existieren in Deutschland zwei weitere Prinzipien, nämlich das Grundsicherungssystem (Fürsorgeprinzip), das sich aktuell z. B. in der Sozialhilfe und bei Arbeitsfähigen im Arbeitslosengeld II (Hartz IV) widerspiegelt. Parallel dazu, im Übrigen ebenfalls aus dem Bismarck-System tradiert, existiert das vor allem für Beamte geschaffene Versorgungsprinzip, das Beamten einige Sonderrechte bei der Versorgung zubilligt wie z. B. ei-

ner (höheren) Pension statt einer Rente und Zuschüssen zu Krankenkassenkosten (Beihilfe). Zahlreiche weitere staatliche Reformen haben dieses System, das aber als Prinzip nach wie vor besteht, erweitert (Abb 6l). Erst jüngst entspann sich dabei eine politisch-öffentliche Debatte, ob die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des Arbeitslosengeldes II (kurz: Hartz IV) ein Leben in Armut bedeute oder eine »Maßnahme gegen Armut« (Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU) sei. Die Debatte um Alternativen zu Hartz IV ist dabei aktuell in vollem Gange.

Auf dem Weg zur Abstiegs-gesellschaft?

In seiner inzwischen in der fünften Auflage erschienenen Untersuchung »Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne« stellt der Ökonom und Soziologe Oliver Nachtwey die beachtenswerte These auf, die Bundesrepublik Deutschland habe sich inzwischen zu einer »Abstiegs-gesellschaft« entwickelt. Sei es noch in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts bei nahezu allen Gesellschaftsschichten sozial aufwärts gegangen, so nehme heute der Unterschied zwischen Reich und Arm dramatisch zu. Verantwortlich dafür macht Nachtwey den infolge der Wirtschaftskrisen entstandenen und von ihm so bezeichneten »Postwachstums-kapitalismus«, der sich im Gegensatz zur vorangegangenen Epoche der »sozialen Moderne« vor allem dadurch auszeichne, dass sich nicht nur die Vermögens- und Einkommensungleichheit verschärft habe, sondern dass auch die Zahl einfacher und schlecht bezahlter Jobs zunehme, auch im hochqualifizierten Segment ein Prekariat entstanden sei und soziale und solidarische Bindungen verloren gingen. Soziale Sicherungssysteme schrumpften und die gesellschaftliche Polarisierung nehme zu. Auch in rechtspopulistischen Bewegungen in Europa erkennt Nachtwey einen Beleg dafür, dass die sozialen Aufstiegsversprechen, die noch bis ins Ende des 20. Jahrhunderts ihre Gültigkeit hatten, heute keine Gültigkeit mehr beanspruchen könnten. Karrieren seien weniger planbar, Aufstiegschancen beschränkt, soziale Sicherungssysteme porös geworden. Die »Agenda 2010« habe im Sinne einer neoliberalen staatlichen Maßnahme die Lohnquote gesenkt (IAbb 3l), indem

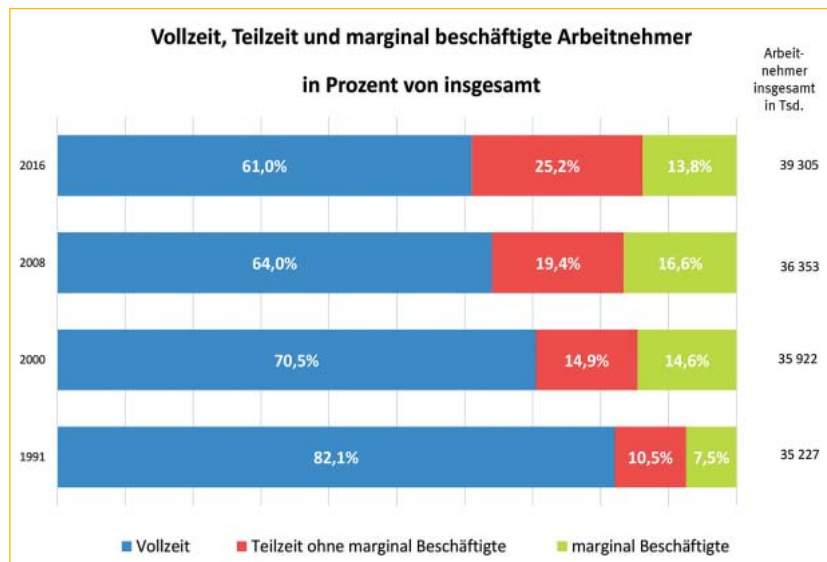


Abb.4 »Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland im Vergleich«

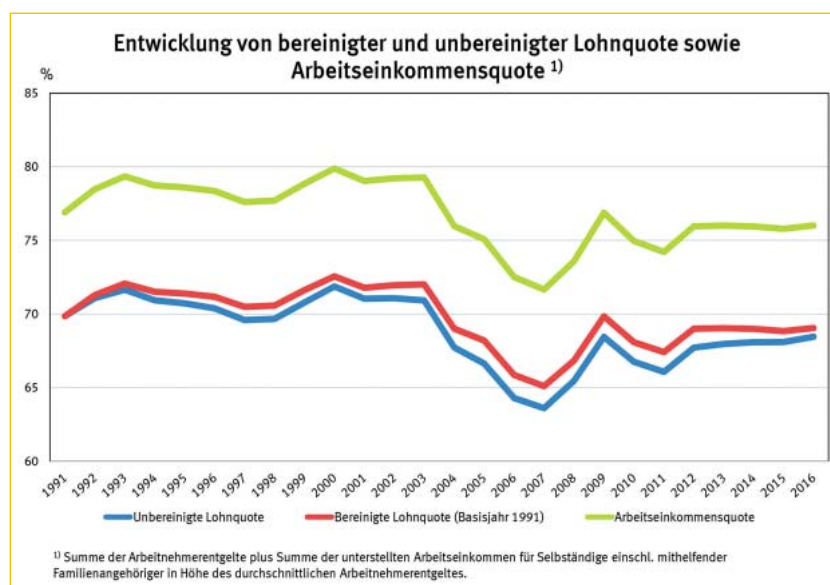
© Statistisches Bundesamt 2017

zahlreiche prekäre Arbeitsverhältnisse und marginale Beschäftigungsverhältnisse (IAbb4l) etabliert wurden.

Zu diskutieren ist sicher, ob dieser »Weg zur Abstiegs-gesellschaft« tatsächlich ein Prozess ist, der die ganze Gesellschaft umfasst, oder eher vielmehr zur Ausgrenzung immer größerer Teile der Gesellschaft führte, die sich dann in der Folge enttäuscht zeigten oder gar radikalisierten. Das noch Ende des 20.ten Jahrhunderts geglaubte Aufstiegsversprechen großer Teile der Bevölkerung, mit Hilfe von immer höherer formaler Bildung den sozialen Aufstieg zu erreichen, scheint im Moment zunehmend einer Desillusionierung zu unterliegen.

In der aktuellen Ausgabe von D&E stellt deshalb der Tübinger Soziologieprofessor Dr. **Steffen Hillmert** in seinem Beitrag »**Bildung und sozialer Aufstieg**« die aktuelle Forschungssituation dazu differenziert dar. Aufgrund der Frauenemanzipationsbewegung und der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen ist dabei der Inter-generationsvergleich ohnehin schwer zu operationalisieren. Deutlich wird jedoch, dass es – statistisch gesehen – deutliche Aufstiegs-schranken gibt. Wie immer in D&E schließen sich an die einzelnen Beiträge dann kontroverse, zumeist publizistische Stimmen zur Thematik an, die in Ergänzung zum jeweiligen Beitrag im Unterricht eine sachorientierte und wertebasierte Diskussion ermöglichen sollen. Gilt das zentrale Aufstiegsversprechen demokratischer und marktwirtschaftlich verfasster Gesellschaften also nach wie vor? Oder muss tatsächlich, wie Nachtwey postuliert, heute bereits für große Teile der Bevölkerung von einer »Abstiegs-gesellschaft« gesprochen werden?

Auch der Beitrag von Dr. **Christina Anger** über die »**Bildungsgerechtigkeit in Deutschland**« untersucht Bildungsbarrieren und Möglichkeiten des sozialen Auf- und Abstiegs im deutschen Bildungssystem. Erst jüngst hatte Christina Anger im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung eine umfangreiche empirische Untersuchung dazu veröffentlicht. Wiederum zeigen sich in den begleitenden Unterrichtsmaterialien zum jeweiligen Artikel, welche unterschiedlichen Konsequenzen aus solchen empirischen Untersuchungen gezogen werden können. Das relativ schlechte Abschneiden deutscher Schülerinnen-



¹⁾ Summe der Arbeitnehmerentgelte plus Summe der unterstellten Arbeitseinkommen für Selbstständige einschl. mithelfender Familienangehöriger in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgeltes.

Abb.3 »Entwicklung der Lohnquote in Deutschland«

© Statistisches Bundesamt 2017

nen und Schüler bei internationalen Leistungstests hat zudem zu einer intensiven Diskussion im In- und Ausland zum Bildungsstandort Deutschland geführt und den Wettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern zusätzlich befördert. Die größten Sorgen bereitet dabei allen Beteiligten, dass in Deutschland im internationalen Vergleich insbesondere Kinder aus einkommensschwachen Familien sowie mit Migrationshintergrund der soziale Aufstieg statistisch deutlich weniger häufig gelingt als anderswo in den führenden Industriestaaten.

■ Armut in Deutschland?

Gewiss ist Armut in Deutschland eine andere Armut als in Indien oder Bangladesch. Arme in Deutschland verhungern nicht, bekommen nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9.2.2010 in seinem Hartz-IV-Urteil ebenso wie Menschen, die arbeitsunfähig sind, ein »menschenwürdiges Existenzminimum« garantiert, dessen Höhe allerdings mit zur aktuellen Debatte um die Frage führte, ob Hartz-IV

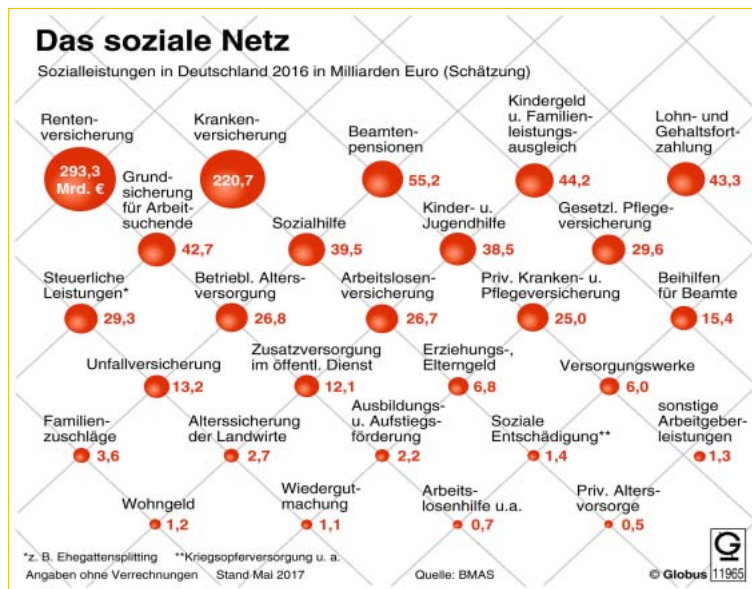


Abb.6 »Das soziale Netz in Deutschland – in Milliarden Euro«

© dpa-Infografik, 2017

Wer finanziert den Sozialstaat?

Anteile in Prozent

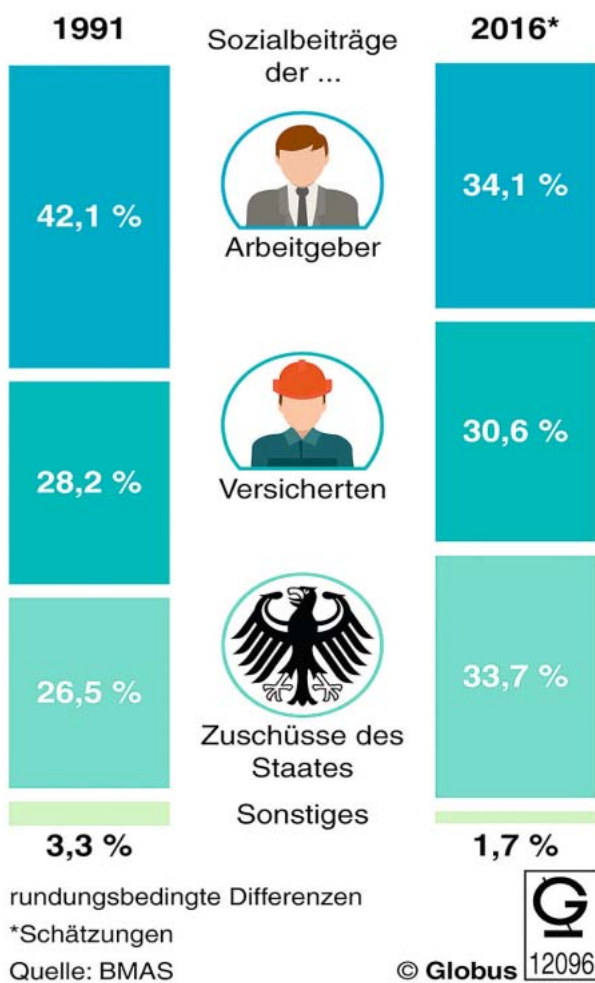


Abb.5 »Wer finanziert den Sozialstaat?«

© dpa / Globus Infografik

nun Armut bedeute oder eine Maßnahme zur Armutsbekämpfung sei. Dr. **Dorothee Spannagel** hat in ihrem Beitrag: »**Armut im deutschen Sozialstaat**« ausführlich das Ausmaß und die Risikogruppen in Deutschland beschrieben, die von Armut betroffen sind. Der Diplomsoziologe **Rolf Kleimann** erhebt in seinem Beitrag »**Die Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa**« zudem, wie schwierig es ist, Armut europaweit zu definieren. Insbesondere die im Materialteil angehängten publizistischen Stimmen zeigen, welche unterschiedlichen Konsequenzen Politiker, aber auch Wissenschaftler aus den jeweils verschiedenen Armutsdefinitionen bzw. Armutsbegriffen ableiten. Auch die Diskussion um einen absoluten oder wie immer zu definierenden relativen Armutsbegriff ist in vollem Gange.

Unbestreitbar ist, dass sich in Deutschland zusätzlich zu den staatlichen Leistungen regelmäßig 1,5 Millionen Bedürftige von den »Tafeln« unterstützen lassen. Davon sind rund 23 Prozent Kinder und Jugendliche, 53 Prozent Erwachsene im erwerbsfähigen Alter (vor allem ALG-II- bzw. Sozialgeldempfänger und Migranten), 23 Prozent Rentner und 19 Prozent Alleinerziehende (vgl. www.tafel.de). In Deutschland gibt es derzeit 934 Tafeln mit 2.100 Tafel-Läden. Etwa 60 Prozent der Tafeln sind Projekte in freier Trägerschaft verschiedener gemeinnütziger Organisationen und rund 40 Prozent sind eingetragene Vereine. Bundesweit engagieren sich dabei ca. 60.000 Helferinnen und Helfer ehrenamtlich – und das in einem der reichsten Länder der Erde und obwohl das deutsche Sozialsystem (IAbb. 6I) jährlich bereits Milliarden kostet.

■ Alternativen zum derzeitigen Sozialsystem

Seit Jahren wird über Alternativen zum aktuellen Sozialsystem mit seinen tragenden Säulen und Finanzierungsankern (IAbb. 5I) diskutiert. So wirbt z. B. der Karlsruher Drogeriemarktgründer Götz Werner bereits seit 1982 für die Idee des »Bedingungslosen Grundeinkommens«. Der Ökonom **Luke Haywood**, PhD, beschreibt in seinem Beitrag »**Bedingungsloses Grundeinkommen – Rezept für einen modernen Sozialstaat?**« Für und Wider dieses Konzepts, das das bisherige Sozialsystem mit all seinen Nuancen ersetzen soll und insbesondere auch eine überbordende Bürokratie und Kontrolle ablösen könne. Im Materialteil kommen dazu insbesondere die unterschiedlichen Stimmen von Professor Dr. Thomas Straubhaar, Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg, und dem Politologen und Armutsforscher Christoph Butterwegge, emeritierter Professor

Ausgaben für den Sozialschutz

Die EU-Länder gaben im Jahr 2014 rund 3 862 Milliarden Euro für den Sozialschutz aus.

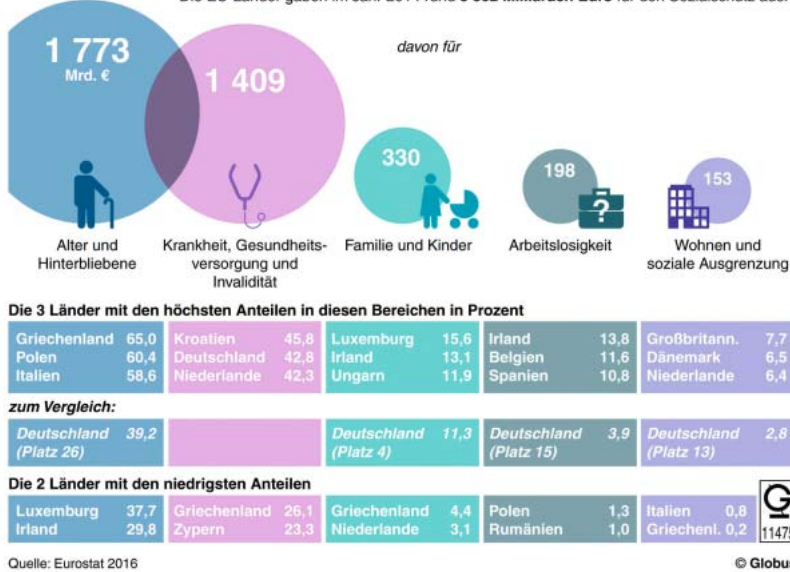


Abb.7 »Sozialschutz in der Europäischen Union: 3,9 Billionen Euro gab die EU im Jahr 2014 für Familienleistungen, Gesundheitsversorgung und andere Bereiche im Sozialschutz aus. 40 Prozent der Sozialausgaben stammten aus staatlichen Zuweisungen aus Steuereinnahmen, 54 Prozent aus Sozialbeiträgen.«

für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, zu Wort.

Auch der Diplomvolkswirt und langjährige Rentenexperte der SPD-Bundestagsfraktion, von 1998–2000 Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. **Thomas Ebert**, kritisiert in seinem Beitrag »Krise der Sozialsysteme – Konzepte für die Zukunft« diese radikale, eher aus dem neoliberalen Lager stammende Alternative. Allerdings spricht Ebert gleichfalls dem derzeitigen, auf regulären Arbeitsverhältnissen basierenden System die Zukunftsfähigkeit ab. Insbesondere durch die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, aber auch die demografischen Prozesse und die Digitalisierung der Wirtschaft, Wirtschaft 4.0, sei z. B. Altersarmut eine bedrohliche Folge.

Auch hier werden im Materialteil wieder Alternativen dokumentiert, um eine kontroverse Diskussion im Unterricht zu ermöglichen. Ähnlich wie Dorothee Spannagel von der Hans-Böckler-Stiftung vertritt auch Thomas Ebert eine Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen vor allem für jene, die eben nicht von lebenslangen sozialpflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ausgehen können. Finanziert sollte dies über eine Bindung der Sozialleistungen an den produktivitätsfortschritt (IAbb. 81) sowie eine stärkere Besteuerung der Einkommen- und Vermögen der Gewinner des ökonomischen und sozialen Wandels schließlich belege die Entwicklung des Gini-Koeffizienten, d.h. einem statistischen Maß zur Ungleichverteilung von Einkommen, das Auseinanderdriften der Einkommensentwicklung.

■ Solidarisches Grundeinkommen

Die »Agenda 2010« war innerhalb der SPD von Anfang an umstritten. Hartz IV, d.h. das Arbeitslosengeld II, das nach einem Jahr Arbeitslosigkeit die staatliche Unterstützung auf das vormalige Sozialhilfeniveau drückt, dominiert dabei nur die öffentliche Debatte. In deutlichem Umfang sind nämlich z. B. auch die prekären Arbeitsverhältnisse gestiegen, was die Erfolgsbilanz des Anwachsens von Beschäftigung (IAbb. 91) wieder deutlich relativiert. Nach gewerkschaftsnahen Schätzungen arbeitet heute bereits fast je-

der Vierte für Niedriglohn. Über eine Million Hartz-IV-Bezieher sind erwerbstätig, können jedoch entweder nicht Vollzeit arbeiten oder verdienen so wenig, dass sie trotz Arbeit auf Hartz IV angewiesen sind. Nur wenigen ist bekannt, dass von den 4,3 Millionen Hartz-IV-Beziehern nur 1,6 Millionen tatsächlich arbeitslos sind. Über eine Million Menschen beziehen inzwischen neben ihrer geringen Rente die Altersgrundsicherung. Nicht im Blick sind offensichtlich auch die rund 250 000 Menschen, die in Pflegeeinrichtungen oder Behinderteneinrichtungen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt durch die Sozialämter leben. (vgl. Schneider, Paritätischer Wohlfahrtsverband)

Der Vorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen Habeck spricht zudem davon, dass dieses System durch seine Kontrollen und dessen Zwang, auch Arbeitsstellen unter der eigentlichen Qualifikation anzunehmen, nicht nur die versteckte Armut, sondern auch »Abhängigkeit und Scham« befördert habe.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat dazu jüngst das sogenannte »solidarische Grundeinkommen« in die Debatte geworfen. Er versteht darunter Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor, in dem ein Mindestlohn von derzeit 8,84 Euro je Stunde gezahlt wird. Als Beispiel für solch ge-

förderte Tätigkeiten nennt z. B. das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Betreuung von Älteren, Hausunterhalt, Babysitting, Einkaufsdienste für Menschen mit Behinderung, Flüchtlingshilfe oder Ernährungsberatung. Diese solidarische Grundsicherung stehe nun aber nur jenen zu, die auch arbeitswillig seien. Der Arbeits- und Sozialminister, Hubertus Heil, SPD, sprach daraufhin, intensiv über Alternativen zu Hartz IV nachzudenken, während der Finanzminister Olaf Scholz, gleichfalls SPD, betonte, er wolle lieber am Prinzip der Hartz-Reformen festhalten.

Der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Holger Schwancke, betonte: »Es kann kaum im Interesse eines staatlichen Arbeitsmarktprogramms liegen, einen Verdrängungswettbewerb in Gang zu setzen, der Arbeitsplätze gefährdet.« Genau dieser drohe aber mit diesen staatlich finanzierten Arbeitsplätzen. Der Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sprach gar in Bezug auf diesen »sozialen Arbeitsmarkt« von einem »Irrweg«. Die Unionsparteien schlossen sich dem im Wesentlichen an.

Während Die Linke parteiintern noch insbesondere über ihr Verhältnis zum »Bedingungslosen Grundeinkommen« diskutiert und dazu einen Mitgliederentscheid plant, äußerte sich Habeck, Parteivorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen, dezidiert kritisch insbesondere zum solidarischen Grundeinkommen, wie es Müller vorgeschlagen hat, betont aber die Notwendigkeit einer neuen Garantiesicherung, »die in allen Lebenslagen Schutz bietet. Am einfachsten ist das in den Lebensphasen, in denen wir nicht in Konkurrenz zur Erwerbsarbeit stehen, im Alter über eine Garantierente, während der Bildung, wenn Kinder klein sind.« (Tagesspiegel)

■ Sozialkürzungen in Mittelosteuropa

Mathias v. Hofen, Politologe und Publizist aus München, stellt zum Abschluss in seinem Beitrag: »Sozialstaat und Sozialpolitik in den Reformstaaten Ostmitteleuropas« schließlich die Entwicklung des Sozialstaats in den Transformationsgesellschaften Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn vor. Über alle Regierungskoalitionen hinweg scheinen diese Nachbarstaaten und EU-Mitglieder deutliche Kürzungen bei den sozialstaatlichen Leis-

tungen als unumkehrbar, ja als »alternativlos« zu betrachten. In gleichem Atemzug verfolgen sie wirtschaftspolitisch eine Strategie der »flat tax«, vor allem bei den Unternehmenssteuern, was in seinen Auswirkungen auf den Zusammenhalt in diesen Gesellschaften, auf die Auswirkungen auf die Bildungssystem, das Wiedererstarken des Nationalismus und Migrationsströme noch unabsehbar scheint. Dies wird in dieser Radikalität in Deutschland bisher nicht diskutiert.

Krise und Zukunft des Sozialstaats

Wird tatsächlich auf dem »Altar der Haushaltskonsolidierung der bewährte Wohlfahrtsstaat« geopfert, wie Butterwegge behauptet? Die Herausforderungen an den Sozialstaat im sozialen Wandel sind enorm: demografische Entwicklung, Digitalisierung, verschärfter internationaler Wettbewerb, Staatsverschuldung – um nur einige zu nennen. Die Diskussion darüber tut Not, auch und insbesondere an den Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen.

Es geht inzwischen um die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Konkurrenzkampf sowie um den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Es geht um menschenwürdige Beschäftigung und auch und nicht zuletzt um die Partizipations-

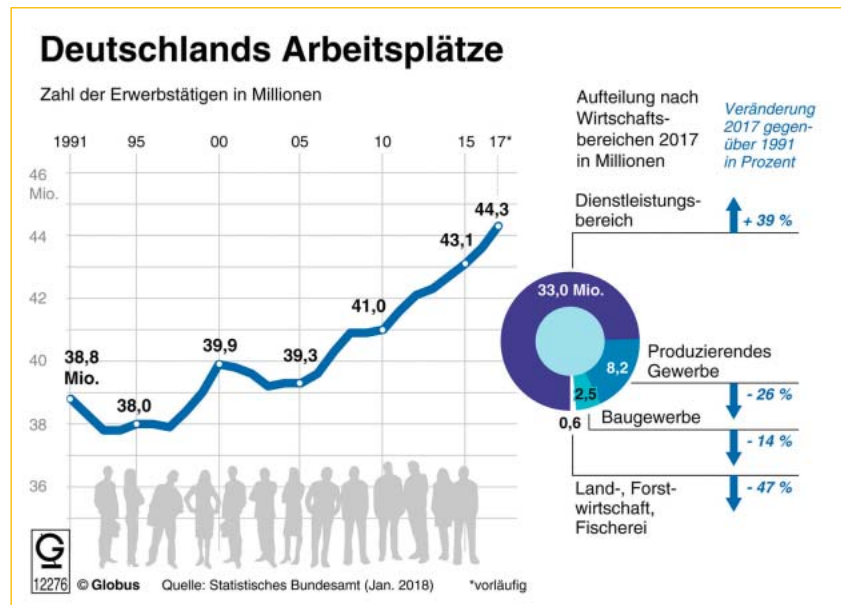


Abb.9 »Entwicklung der Arbeitsplätze in Deutschland«

© dpa/ Globus Infografik, 2018

möglichkeit und -förderung jener Teile der Bevölkerung, die mancherorts als »Globalisierungsverlierer« tituliert werden. Die soziale Symmetrie eines Landes wie der Bundesrepublik Deutschland ist dabei keine Selbstverständlichkeit. Gerade die Integration formal bisher geringer qualifizierter Teile der Bevölkerung ist eine enorme und auch finanziell herausfordernde Aufgabe. So gerät neben einer Reform des Sozialstaats in der Bundesrepublik zunehmend die Bildungspolitik zu einem wesentlichen Pfeiler des Sozialstaats, um die brach liegenden Ressourcen zu mobilisieren, bestehende Gerechtigkeitslücken zu schließen und damit auch die Legitimierung des demokratischen Staates langfristig zu sichern.

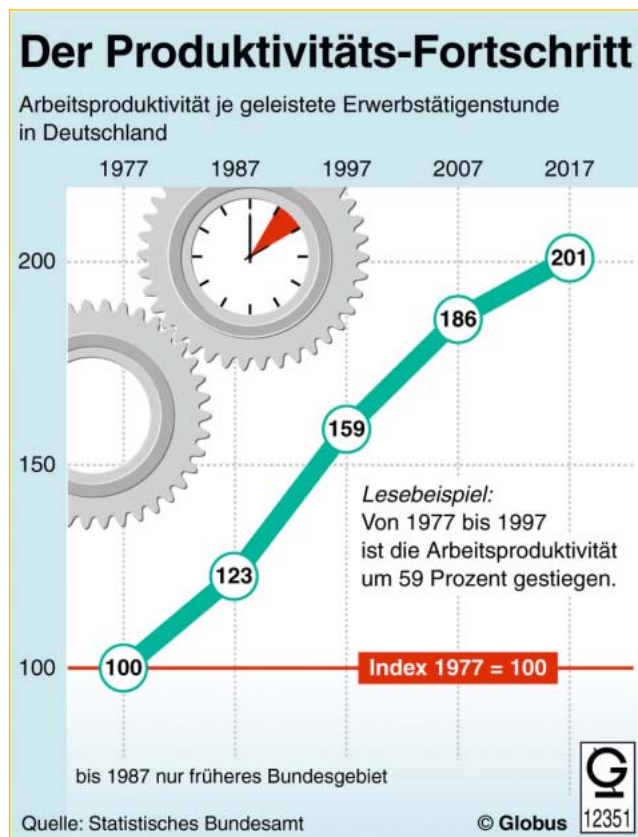


Abb.8 »Deutschlands durchschnittlicher Erwerbstätige leisten heute in seiner Arbeitsstunde doppelt so viel wie noch vor 40 Jahren. Besonders große Fortschritte in der Produktivität konnten dort gemacht werden, wo durch technischen Fortschritt, den zunehmenden Einsatz von Maschinen und durch optimierte Arbeitsabläufe das Ergebnis der Arbeit erheblich gesteigert wurde.«

© dpa / Globus Infografik 2017

Literaturhinweise

- Butterwegge, Christoph (2015): Krise und Zukunft des Sozialstaats. www.christophbutterwegge.de/texte/Krise%20und%20Zukunft%20des%20Sozialstaates.pdf
- Creutzburg, Dietrich (29.3.2018): Hartz-Ideen der SPD verschrecken die Wirtschaft. FAZ
- Dahm, Jochen, u. a. (2017): Gleichheit! Wirtschaftlich richtig. Politisch notwendig. Sozial gerecht. Berlin. Dietz-Verlag
- Ebert, Thomas (2015, 2. Auflage): Soziale Gerechtigkeit. Ideen. Geschichte. Kontroversen. Bonn (Lizenzausgabe der bpb)
- Eribon, Didier (2017): Gesellschaft als Urteil. Klassen, Identitäten, Wege. Berlin. edition suhrkamp
- Habeck, Robert (3.4.2018): Das solidarische Grundeinkommen ist Etikettenschwindel. Tagesspiegel. Habeck ist Vorsitzender der Partei Bündnis 90 / Die Grünen
- Nachtwey, Oliver (2017, 5. Auflage): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin. edition suhrkamp
- Prantl, Heribert (18.3.2018): Harum Hartz IV abgewickelt werden muss. Süddeutsche Zeitung
- Reckwitz, Andreas (2017, 2. Auflage): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin Suhrkamp
- Schneider, Ulrich (22.3.2018): Hartz IV: 416 Euro reichen nicht für die Menschenwürde. Frankfurter Rundschau. Schneider ist Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes